

SCHWARZARBEIT

# Kampf gegen die Hämorrhoiden



Tatort Baustelle: Der Bausektor gehört neben dem Transportwesen und dem Hotel- und Gaststättengewerbe zu den am meisten von der illegalen Beschäftigung betroffenen Bereichen. (Fotos: ITM)

**Die Schwarzarbeit boomt europaweit. Den sozialen Systemen entgehen dadurch viele Milliarden Euro. Ein Teil davon fließt zwar in die Volkswirtschaft zurück. Dennoch überwiegen die negativen Folgen.**

Vassili wollte ein bisschen Wohlstand - für sich, seine Frau und seine beiden Kinder. Der 46-Jährige aus Kasachstan ließ sich von Schleusern anwerben. Die verschafften ihm ein Visum und brachten ihn nach Deutschland. Und sie halfen ihm, einen Job auf einer Baustelle in Nordrhein-Westfalen zu finden. Dort musste er in 20 Metern Höhe schweißen, ohne Helm und ohne Absicherung - bis das Rohr, auf dem er saß, sich löste und er in die Tiefe stürzte. Vassili war sofort tot.

Das zuständige Landgericht verurteilte Vassilis Arbeitgeber zu 2.250 Euro Strafe wegen fahrlässiger Tötung. Insgesamt, so fanden die Ermittler heraus, sollen mindestens 30 Kasachen auf der Baustelle illegal gearbeitet haben: für etwa 2,50 Euro in der Stunde. Die Bauarbeiter aus dem zentralasiatischen Land wohnten eng zusammengepfercht in einer von ihrem Auftraggeber angemieteten Wohnung.

Vassilis Vorgesetzter war nur ein kleines Rädchen in einem großen Getriebe, Subunternehmer eines größeren Unternehmens, und dieses war wiederum Subunternehmen von einem noch größeren. Bei ihren Ermittlungen stießen die Fahnder des Zolls auf ein Geflecht von Firmen und Strohmännern. Einer dieser Subunternehmer erklärte, er sei Sozialhilfeempfänger und könnte kein Bußgeld bezahlen. Es war Vassilis Vorgesetzter.

Schwarzarbeit sei längst ein "globales Phänomen", erklärt Guy Loesch, Inspecteur Principal der Luxemburger Zoll- und Akzisenverwaltung. Regelmäßig gehen Loesch und seinen Ermittlern große und kleine Fische ins Netz: Firmen, die beispielsweise keine Handelsermächtigung besitzen, oder Betriebe, die ArbeiterInnen aus Drittländern beschäftigen, ihnen nicht den vorgeschriebenen Mindestlohn ausbezahlen und damit ihre Preise drücken - vor allem jedoch die nicht angemeldeten und sozial versicherten ArbeiterInnen selbst. Die müssen, werden sie erwischt, ihre Sachen packen und ihren Arbeitsplatz verlassen.

## Operation Faustschlag

Außer den üblichen Routinekontrollen unternimmt der luxemburgische Zoll gemeinsam mit der "Inspection du Travail et des Mines" (ITM) und weiteren Behörden so genannte "Opérations coup de poing", unangemeldete Kontrollen im großen Stil. Neben den üblichen Routineüberprüfungen gibt es alle paar Monate solche konzertierten Aktionen, an denen unter anderem die Staatsanwaltschaft, die Ministerien für Justiz, Mittelstand, Arbeit und Familie sowie die arbeitsmedizinische Abteilung des Gesundheitsministeriums teilnehmen. In der vergangenen Woche mussten zum Beispiel zehn Betriebe ihre Arbeiten

auf Großbaustellen in der Hauptstadt einstellen. Sie hatten insgesamt etwa 50 Arbeiter illegal beschäftigt.

Erklärtes Ziel dieser unangemeldeten Baustellenkontrollen sind laut Pressemitteilung der Gewerbeaufsicht die Bekämpfung von Schwarzarbeit und sozialem Dumping - zum Schutz der einheimischen Betriebe vor unlauterem Wettbewerb. Vor allem ausländische Firmen, die ihre Arbeiter auf befristete Zeit nach Luxemburg "entsenden", nehmen die Ermittler nach den Worten von Claude Lorang ins Visier. Der beigeordnete ITM-Direktor verweist auf das seit dem 1. Januar diesen Jahres geltende so genannte Entsendegesetz, mit dem eine neue Instanz geschaffen wurde: Seitdem muss jedes in Luxemburg tätige ausländische Unternehmen eine(n) AnsprechpartnerIn ernennen, der die sozial- und arbeitsrechtlichen Unterlagen für das Unternehmen im Großherzogtum verwaltet und dessen Tätigkeit im Voraus meldet. "Das kann eine Privatperson oder ein Unternehmen sein", erklärt Lorang. "Jedenfalls müssen sie ihren Sitz in Luxemburg haben."

Bis zum 1. Oktober galt für die Firmen noch eine Gnadenfrist. "Sie bekamen von uns lediglich eine Verwarnung und mussten die Situation innerhalb acht Tagen in Ordnung bringen", so Lorang. Nun sei die Schonzeit aber abgelaufen: Wenn die Ermittler bei einer ihrer Kontrollen illegale

Tätigkeit feststellen, werden "die Arbeitsleistungen gegebenenfalls per einstweiliger Verfügung an Ort und Stelle unterbrochen."

Eine Vereinfachung der Kontrollen erhofft sich die Gewerbeaufsicht im Baugewerbe von Baustellenausweisen in Chip-Karten-Form. Auf ihnen sollen künftig alle Personaldaten der Arbeiter gespei-

chert sein. "Fest steht, dass dieser Ausweis kommen wird", sagte Claude Lorang unlängst in einem Interview. Darüber hinaus stellt der beigeordnete ITM-Direktor eine konsequentere Weiterverfolgung der einzelnen Fälle durch die Staatsanwaltschaft fest. Ein Fall sei vor kurzem sogar mit Gefängnis auf Bewährung bestraft worden. KritikerInnen hatten lange Zeit bemängelt, die bei den jeweiligen Kontrollen nachgewiesenen Delikte seien nur unzureichend geahndet worden.

## Boombranche in Deutschland

Über die Höhe des Gesamtschadens für die luxemburgische Volkswirtschaft, der durch Schwarzarbeit entsteht, liegen bislang keine Zahlen vor. Die gibt es hingegen in den meisten anderen EU-Ländern: So werden zum Beispiel in Deutschland nach Expertenschätzungen jährlich etwa 17 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) an den Finanz- und Sozialkassen vorbei erwirtschaftet. Für dieses Jahr wird ein Anstieg der illegalen Beschäftigung um 5,6 Prozent erwartet. Wie das Institut für angewandte Wirtschaftsforschung in Tübingen (IAW) errechnet hat, erreicht die Schattenwirtschaft damit 2003 ein Volumen von rund 370 Milliarden Euro. Im vergangenen Jahr nahm Deutschland mit 16,3 Prozent Anteil am BIP den dritten Platz unter den großen Industriestaaten hinter Italien (27 Prozent) und Spanien (22,5 Prozent) ein. In Frankreich waren es 15 Prozent, in Großbritannien nur 12,5 Prozent. Im Vergleich der großen Wirtschaftsmächte am wenigsten illegal gearbeitet wird in Japan (11,1 Prozent) und in den USA (8,7 Prozent).

Während in einigen Industrienationen wie der USA der Anteil des illegalen Sektors am BIP in den vergangenen fünf Jahren zurückging (im Schnitt um 0,3 Prozentpunkte), legte er in Deutschland

## Das schwächste Glied

Zwar stellen Arbeitslose und illegale ImmigrantInnen zusammen nur ein knappes Drittel der SchwarzarbeiterInnen. Dennoch sind sie die am meisten Leidtragenden. Erstere gefährden ihr Arbeitslosengeld, wenn sie beim unerlaubten Arbeiten erwischt werden, die anderen - sozial nicht abgesichert und darüber hinaus schlecht bezahlt - werden abgeschoben.

In welchem Zusammenhang Migration und Schwarzarbeit zueinander stehen, untersuchte Czarina Wilpert vom Institut für Sozialwissenschaften der TU Berlin: Die weit verbreitete These, die Schwarzarbeit wachse allein, weil die Zuwanderung aus dem Ausland steige, lasse sich nicht aufrecht erhalten. Vielmehr wurde festgestellt, dass die steigende Zahl der AusländerInnen mit illegalem Aufenthaltsstatus nicht auf illegale Grenzüberschreitungen zurückzuführen ist, sondern im Anschluss an einen legalen Aufenthalt zustande kommt. Um illegal Beschäftigte, die zudem noch illegal im Land sind, aus dieser Grauzone herauszuholen, empfiehlt sich nach Meinung von MigrationsexpertInnen eine Regularisierung der betroffenen Personen, wie zum Beispiel in Frankreich und Italien, aber auch in Luxemburg zuletzt geschehen. Das erfordert auch die Kooperation der Arbeitgeber. Auf ihre Zusammenarbeit hatte Arbeitsminister François Biltgen bei den letzten Regularisierungen gesetzt. Die Kooperationsbereitschaft der Arbeitgeber war jedoch gering.

Die Schattenwirtschaft ist zu einem globalen Phänomen geworden, das auch in den Industrienationen grassiert. Dort ist Italien Spitzenreiter, während Deutschland die höchsten Zuwachsraten aufweist. Auch in Luxemburg gehen die Behörden auf Jagd nach illegal Beschäftigten und deren Arbeitgeber. Doch Experten warnen: Repression allein hilft nicht.

um 1,9 Prozentpunkte zu (auch in Luxemburg hat die Schwarzarbeit nach Informationen der "Division Attributions sécuritaires" zugenommen). Die Schattenwirtschaft ist seit 1985 in Deutschland sogar um 45 Prozent gewachsen. Als Ursache macht Friedrich Schneider von der Universität Linz die hohen Lohnnebenkosten aus: "Die Politik hat den Faktor Arbeit immer teurer gemacht." Der Schattenwirtschaftsexperte sieht zudem einen Zusammenhang zwischen sinkender Arbeitszeit und steigender illegaler Beschäftigung: So sei in Italien, dem Spitzenreiter im internationalen Schwarzarbeitsranking der OECD-Staaten, der so genannte Grenzsteuersatz, der die legale Mehrarbeit trifft, noch höher als in Deutschland.

Wenn die Schattenwirtschaft boomt, entsteht der Volkswirtschaft ein Schaden in zweistelliger Milliardenhöhe durch entgangene Steuereinnahmen und Einzahlungen in die Sozialsysteme, haben die Tübinger Forscher hochgerechnet. Je mehr schwarz gearbeitet wird, desto weniger kommt in die Kassen, lautet die einhellige Formel.

Über die Auswirkungen der illegalen Beschäftigung auf den Arbeitsmarkt gehen die Meinungen dagegen auseinander. Während der Deutsche Gewerkschaftsbund davor warnt, dass die Schattenwirtschaft Arbeitsplätze vernichte, verweist Friedrich Schneider auf ihre positive Seite: "Schwarzarbeit schafft Beschäftigung und Einkommen, weit mehr, als sie Arbeitsplätze vernichtet." Sie sei per se nichts Schlechtes und nütze der Volkswirtschaft mehr als dass sie ihr schadet. Das in der Schwarzarbeit verdiente Geld fließt zurück in den regulären Wirtschaftskreislauf. "Ohne diese Kaufkraft", so Schneider, "gäbe es eine Rezession."

## Maßnahmen gegen den Volkssport

Dennoch hat die deutsche Bundesregierung der Schwarzarbeit den Kampf angesagt. Die Federführung soll dabei der Zoll übernehmen, und die Zahl seiner Fahnder soll dementsprechend von 2.000 auf 5.000 wachsen. Damit deren Kampf nicht von vornherein aussichtslos ist, wird Schwarzarbeit in Zukunft nicht mehr nur als eine Ordnungswidrigkeit betrachtet, sondern eine Straftat

sein, auf die in besonders schweren Fällen dann bis zu zehn Jahre Freiheitsstrafe steht. Mit einem neuen Gesetz sollen bereits im nächsten Jahr die unterschiedlichen Regelungen zur Kontrolle von illegaler Arbeit vereinheitlicht und wesentlich ergänzt werden.

halten nicht angemeldete Arbeit für ein Kavaliersdelikt. Fast die Hälfte würde sogar selbst schwarz arbeiten, ergab eine Umfrage, die der Soziologe Siegfried Lamnek von der Uni Eichstätt für sein Buch "Tatort Sozialstaat" durchführte. Allerdings liegen andere Umfrageergebnisse eher darunter.

Schwarzarbeit ist ein Volkssport, dem nur schwer beizukommen ist. "Die Wahrscheinlichkeit, entdeckt und bestraft zu werden, liegt im Promillebereich", weiß Dieter Philipp, Präsident vom Zentralverband des Deutschen Handwerks. Nicht zuletzt würden ohne die nicht angemeldeten Arbeiten ganze Tätigkeitsfelder in Frage gestellt: Welche BabysitterInnen geben ihren Job schon dem Finanzamt an, welche SchülerInnen würden nachmittags ihr Taschengeld mit Nachhilfe oder kleinen Gelegenheitsarbeiten aufbessern,

schützende Tarifverträge, Qualitätskontrollen und Abgaben. Gegen die Schattenwirtschaft hat der reguläre Markt nach den Regeln des Preis-Leistungs-Verhältnis keine Chance.

Stärkere Kontrollen und härtere Bestrafung seien zwar sinnvoll, kurierten jedoch nur die Symptome, anstatt die Ursachen zu bekämpfen, meint auch der Geschäftsführer des Tübinger Wirtschaftsforschungsinstituts, Harald Strotmann. Dagegen würden Regierungsmaßnahmen wie zum Beispiel die Reform der Minijobs sowie eine Lockerung der Handwerksordnung die Schwarzarbeit in Deutschland erstmals seit etwa einem Jahrzehnt deutlich zurückdrängen, meint der Volkswirtschaftsprofessor. Mindestens zehn Milliarden Euro würden dann wegen neuer Minijobs in die offizielle Wirtschaft wechseln. Zum Beispiel sei die illegale

Südamerika und Afrika sogar mehr als 40 Prozent. Gerade in Entwicklungsländern dominiert der informelle Sektor, und mit ihm lebt ein großer Teil der Bevölkerung von der Hand in der Mund. Sie sind weder kranken-, noch renten- oder arbeitslosenversichert. In Europa liegt sie bei etwa 16 Prozent, in Südeuropa bei 25 bis 30 Prozent. Auch diese Studie führt zu dem Schluss, dass in Ländern mit geringeren Steuern wie etwa in den USA oder in der Schweiz auch das Volumen der Schattenwirtschaft geringer ist.

Unter den von ihr betroffenen Branchen haben sich vor allem folgende herauskristallisiert: Der größte Teil des schwarz erwirtschafteten Geldes in Deutschland stammt mit gut 146 Milliarden Euro aus dem Baugewerbe und Handwerk. Je rund 63 Milliarden tragen andere Gewerbe- und Industriebetriebe sowie das Hotel- und Gaststättengewerbe bei. Sonstige Dienstleistungen, zum Beispiel Nachhilfe, Friseur und Babysitten machen 56 Milliarden Euro aus. Auf den illegalen Bereich der Prostitution und der Unterhaltung entfallen 45 Milliarden Euro.

## "Wie Freiwild"

"Das Problem sind nicht die kleinen Nebentätigkeiten, wenn zum Beispiel ein Handwerker nach Feierabend in der Nachbarschaft wo aus hilft und etwas dazu verdient", erklärt Alex Teotonio vom OGBL, "sondern die organisierte Schattenwirtschaft der Arbeitgeber." Flexible Arbeitszeiten und die häufige Auftragsvergabe an ausländische Firmen, die ihre Leistungen weit unter dem luxemburgischen Preis anbieten, führen nicht nur zum Sozialdumping. Kontrollen seien ebenfalls viel schwieriger. "In den seltensten Fällen führen ausländische Firmen Stundenregister", so Teotonio, "oder viele füllen sie nachträglich aus." Der Gewerkschafter fordert deshalb, dass die Arbeitszeitenregelungen unter anderem eingehalten werden. Dies zu überprüfen obliege der Gewerbeaufsicht, die aber viel zu selten ihren Aufgaben nachkäme. Die "opérations coup de poing" seien nur "Showveranstaltungen" mit großem medialen Effekt, aber ohne nennenswerte Wirkung. Einen Schritt zu einer besseren Kontrolle bedeuten nach Teotonios Worten bilaterale Abkommen mit belgischen und deutschen Gewerkschaften.

Wie im Nachbarland liegt auch in Luxemburg der Bausektor in der Schattenwirtschaft mit vorn. Ebenso grassiert die illegale Beschäftigung im Hotel- und Gaststättengewerbe, wo nach Angaben des OGBL-Sekretärs Roman Daubenfeld etwa ein Drittel der Angestellten unangemeldet arbeiten: "Die werden behandelt wie Freiwild." Claude Lorang von der ITM siedelt diese Zahl unterdessen weitaus niedriger an: um fünf Prozent. Genaue Daten gibt es aber auch hier nicht. Dass die Arbeitgeber in der Branche kaum Interesse zur Kooperation haben, zeigt wie-

derum ein Beispiel aus Deutschland. In der ARD-Sendung Plusminus wurde ein er tappter Gastwirt befragt, der die Anstellung illegaler Arbeitskräfte damit rechtfertigte, dass reguläre ArbeitnehmerInnen kaum zu finden seien. Weit gefehlt: Die Zentrale für internationale Fachkräfte für Hotels und Gaststätten (Zihoga) vermittelte im vergangenen Jahr mehr als 1.300 KöchInnen und KellnerInnen nach Deutschland, ganz legal.

Ein ähnlicher Risikobereich ist der Transportsektor: Die LKW-Fahrer einer Firma mit Sitz in Luxemburg setzten sich zur Wehr, nachdem das Unternehmen sie aus der Sozialversicherung abgemeldet und die Löhne nur noch unregelmäßig ausgezahlt hatte. Die Fahrer legten daraufhin ihre Arbeit nieder. Derweil wurde erst kürzlich ein Fahrer bei einer Kontrolle erwischt, der Arbeitslosengeld bezieht und von seinem Chef unter der Hand bezahlt wurde.

Um zu überprüfen, ob Lenk- und Ruhezeiten eingehalten werden oder ob die Lkw in Ordnung seien, werden laut Zollinspektor Guy Loesch verstärkt Kontrollen auf der Autobahn durchgeführt. Insgesamt hätten die Kontrollen zugenommen. Zudem setze man auf die internationale Zusammenarbeit, so zum Beispiel mit dem deutschen und französischen Zoll oder mit dem Arbeitsamt in Trier.

Ob "Faustschlag"-Operationen gegen die "organisierten Schwarzarbeiter" wie in Luxemburg oder die Generalmobilmachung gegen die Schattenwirtschaft mittels einer Aufstockung der Einsatzkräfte - sie reichen nicht aus. Als einen Ausweg aus dem Teufelskreis von hohen Abgaben und Schattenwirtschaft verfiel Friedrich Schneider eine Steuerreform, die arbeitsintensive Dienstleistung entlastet.

Trotz kurzfristig positiver Effekte für den Einzelnen überwiegen die negativen Folgen der Schattenwirtschaft, so Schneider. Sie schaffe eine Zweiklassengesellschaft: Auf der einen Seite diejenigen, die sich mit ihr arrangieren, und auf der anderen die, die brav ihre Steuern bezahlen." Die Bekämpfung der Schwarzarbeit sei deshalb vor allem eine gesellschaftspolitische Herausforderung, meint Schneider. Notwendig sei daher einerseits ein Bewusstseinswandel in der Bevölkerung, dass es sich bei Schwarzarbeit nicht um ein Kavaliersdelikt handelt, sondern um die "Hämorrhoiden im Hintern des Sozialstaats", wie es der Heidelberger FDP-Bundestagsabgeordnete Dirk Niebel formulierte.

Der Subunternehmer im Fall des tödlich verunglückten Kasachen Vasili kam jedenfalls ungeschoren davon. Und auch von den Kollegen des 42-jährigen Familienvaters waren keine Zeugenaussagen mehr zu bekommen. Man hatte sie bereits abgeschoben.

**Stefan Kunzmann**



Erwischt: Wer illegal arbeiten lässt, muss mit hohen Geldstrafen rechnen.

Dass dem informellen Arbeitsmarkt nur mit restriktiven Mitteln beizukommen sei, bezweifelt Friedrich Schneider. Denn Schwarzarbeit ist allgegenwärtig: Die HandwerkerInnen, die nach Feierabend auf eigene Rechnung Estriche legen oder Heizungsrohre montieren, LehrerInnen, die in ihrer freien Zeit Nachhilfestunden geben, oder FreiberuflerInnen, die dem Finanzamt einen Teil ihrer Einnahmen verschweigen, oder die Heerscharen von Putzfrauen, die am Fiskus vorbei ihren Job verrichten - das Unrechtsbewusstsein ist gering. Rund zwei Drittel der Deutschen

wenn sie Steuern zahlen müssten?

"Schwarzarbeit ist die Rebellion des kleinen Mannes gegen zu hohe Abgaben", sagt Schneider. "Wenn die Politiker effizient dagegen vorgehen würden, würden sie den Leuten einen Teil ihres Einkommens nehmen." Schwarzarbeit gilt als Korrektur zu der für viele als zu hoch empfundenen staatliche Beschneidung ihrer Einkünfte. Dabei ist sie Marktwirtschaft in Extremform: Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis der Ware Arbeit, ohne dass der Staat und die Verbände regulierend eingreifen, ohne

Beschäftigung in den USA vor allem wegen der geringen Lohnnebenkosten im Niedriglohnssektor zurückgegangen - also gerade aufgrund jener Minijobs, die keine soziale Sicherheit bieten.

Dass in zahlreichen Ländern der Welt die eigentliche Schattenwirtschaft beziehungsweise der so genannte informelle Sektor größere Bevölkerungsschichten ernährt, zeigt Schneiders im Sommer vorgestellte Studie für insgesamt 110 Länder. Demnach erreicht die Schwarzarbeit gemessen am offiziellen BIP in Asien durchschnittlich 26 Prozent, in Osteuropa 38, in